

**„Wie tolerant ist Berlin 2015?“
Repräsentative Bevölkerungsbefragung zu Integrationsthemen**

Auszüge

Die INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung hat im Eigenauftrag erneut eine umfassende Repräsentativbefragung zu verschiedenen Fragestellungen im Zusammenhang mit Integration und Toleranz in Berlin durchgeführt und dazu insgesamt 1.383 wahlberechtigte Berliner/innen zu Ihrer Haltung zu verschiedenen integrationspolitischen Fragestellungen befragt. Eine nahezu identische Befragung von nahezu 1.000 Berliner Wahlberechtigten wurde bereits im Jahr 2011 durchgeführt und vorgestellt, so dass viele Ergebnisse im Zeitverlauf dargestellt werden können.

Insgesamt leben in Berlin gegenwärtig ca. eine Million Menschen, die einen Migrationshintergrund haben (im Folgenden „Migranten in Deutschland“ (MiD) genannt). Das entspricht knapp 28% der Berliner Wohnbevölkerung. Etwa 42 Prozent davon haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Grundgesamtheit für diese Studie war die deutschsprachige Wohnbevölkerung in Berliner Privathaushalten, die zur nächsten Abgeordnetenhauswahl wahlberechtigt sein werden, ab einem Alter von 17 Jahren.

Das statistische Fehlerintervall beträgt maximal +/- 3 Prozentpunkte, bezogen auf die Gesamtstichprobe.

Untersuchungsdesign

Grundgesamtheit	Deutschsprachige wahlberechtigte Personen in Privathaushalten Berlins ab 17 Jahren (ca. 2,5 Mio. Personen)
Stichprobe	Random Stichprobe aus dem ADM Mastersample, repräsentative Zufallsauswahl, Gesamt n = 1.383 (im Jahre 2011: 955)
Methode	Computergestützte telefonische Befragung (CATI-Interviews)
Gewichtung	Bevölkerungsrepräsentative Gewichtung nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Stadtteil und Schulbildung. Zusätzlich wurde eine Recall-Gewichtung vorgenommen.
Fehlerspanne	Maximal: +/- 2,6 Prozentpunkte
Feldzeit	11. bis 25. August 2015

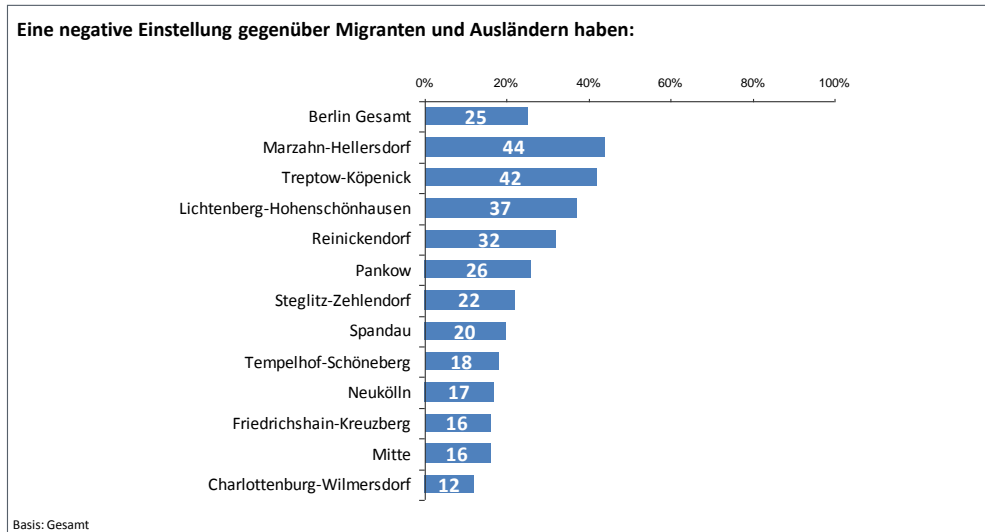
Ablehnung von Migranten durch Deutsche

Eine Segmentierung der Befragten ergab, dass wie bereits im Jahr 2011 jeder Vierte ausdrücklich negativ gegen Ausländer und Migranten eingestellt ist. Hochgerechnet sind dies etwa 620.000 Personen. Deren negative Einstellung zu MiD bestätigt sich in fast allen gestellten Fragen.

Insgesamt lässt sich diese Teilgruppe folgendermaßen beschreiben:

- Es handelt sich um im Durchschnitt etwas ältere Personen mit einer deutlich schlechteren Schulbildung. Der Anteil von Personen mit Abitur ist in dieser Gruppe nur etwa halb so hoch (21%) wie in der Gesamtbevölkerung. Der Anteil von Rentnern/Pensionären liegt in dieser Gruppe bei 41%.
- Sie sind nicht häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als die Berliner insgesamt, verfügen aber über deutlich niedrigere Einkommen.
- Überdurchschnittlich häufig findet man diese Personen im ehemaligen Ostteil der Stadt (33%), hier besonders in Marzahn-Hellersdorf (44%), Treptow-Köpenick (42%) und Lichtenberg-Hohenschönhausen (37%). Im ehemaligen Westteil beträgt ihr Anteil nur 19%.
- Sie haben deutlich seltener Kontakte zu Personen nicht-deutscher Herkunft.
- 40% finden es schlecht, dass in Berlin so viele Ausländer und Migranten leben.
- 44% halten die islamische und 9% die jüdische Religion für eine „Bedrohung für die deutsche Kultur“.
- 27% dieser Gruppe meinen, dass die Deutschen ihre eigene Kultur notfalls auch mit Gewalt gegen Einwanderer verteidigen müssen.
- 20 Prozent würden aktiv etwas gegen die mögliche Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft in ihrem Umfeld tun, Widerstand im weitesten Sinne würden sogar 49% leisten.
- 36% sind dafür, dass Berliner Unternehmen Deutsche bei der Einstellung bevorzugen sollten.
- Fast einem Drittel (31%) wäre es am liebsten, wenn alle Migranten in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssten.
- Hinsichtlich ihrer Parteienpräferenz neigt diese Gruppe überdurchschnittlich häufig der NPD (4% vs. 1% gesamt), der AfD (7% vs. 2% gesamt) und der CDU (21% vs. 15% gesamt) zu.

Negative Einstellung gegenüber Migranten und Ausländern - nach Stadtbezirken -



Clusteranalyse

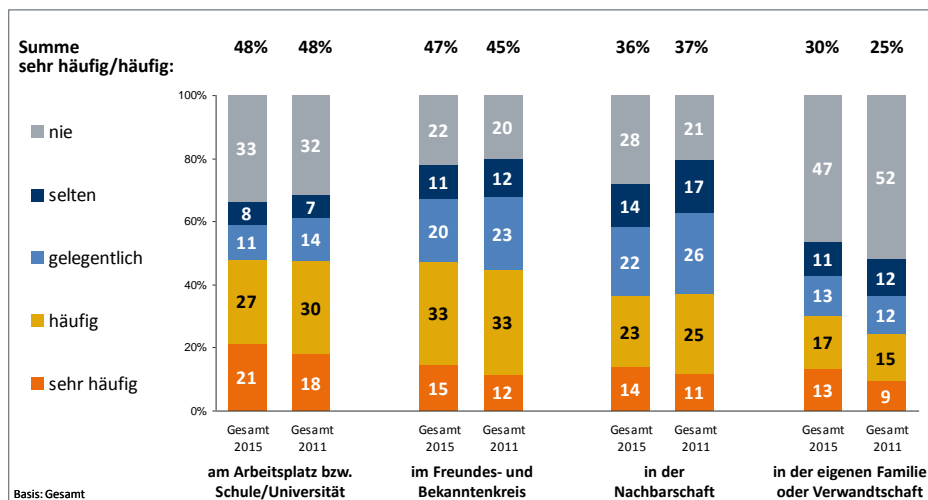


PhoneBus Berlin August 2015

Kontakte zu Migranten

Die Mehrheit der wahlberechtigten Berliner/innen hat zumindest gelegentlich Kontakte zu Personen nichtdeutscher Herkunft, am häufigsten am Arbeits- oder Ausbildungsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis. Im Westteil der Stadt sind solche Kontakte deutlich häufiger als im Ostteil. Die meisten Kontakte haben junge Leute bis 29 Jahre, besser Gebildete und Wähler der Grünen und der Linken. Im Vergleich zu 2011 gab es nur geringe Veränderungen.

Kontakte zu Personen nicht deutscher Herkunft



Frage C2: Haben Sie persönlich Kontakte zu Personen nicht deutscher Herkunft, und zwar... (Grußkontakte werden nicht als Kontakt verstanden)



PhoneBus Berlin August 2015 29

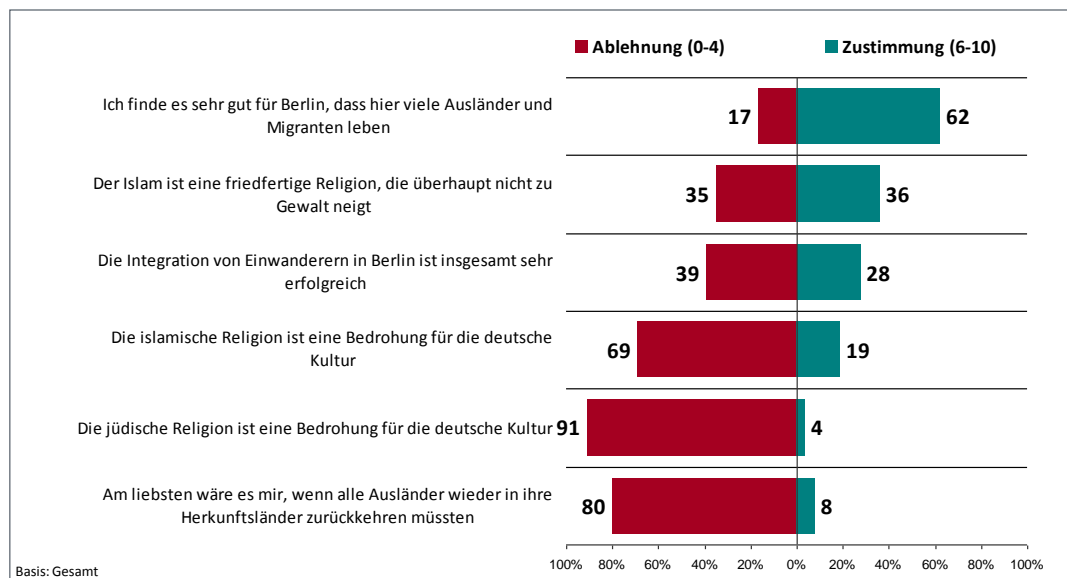
Akzeptanz, Toleranz und Integration

Die Mehrheit der Berliner/innen findet es gut, dass in Berlin viele Nationen zusammenleben. 62 Prozent finden es sehr gut, dass in Berlin viele Ausländer und Migranten leben. Immerhin 79% unterstützen inzwischen die Aussage, dass Muslime zu Berlin gehören wie Christen, Juden und Angehörige anderer Religionen. Im Jahr 2011 waren dies lediglich 68%.

Eine wachsende Mehrheit der Berliner/innen fordert die Bewahrung der kulturellen Identität der Einwanderer (57%), knapp die Hälfte würde Muslimen in Berlin auch gern ihre eigenen Feiertage zubilligen.

Allerdings meinen nur 28 Prozent, dass die Integration von Einwanderern in Berlin sehr erfolgreich sei. Religiöse Vorbehalte sind trotz positiver Tendenzen nach wie vor vergleichsweise häufig. So unterstützen nur etwas mehr als ein Drittel die These eines friedfertigen Islam, etwa jeder Fünfte hält die islamische Religion für eine Bedrohung der deutschen Kultur, nur noch 4 Prozent (2011 10%) sagen das Gleiche über die jüdische Religion.

Einstellungen zu Toleranz und Integration von MiD - Überblick -

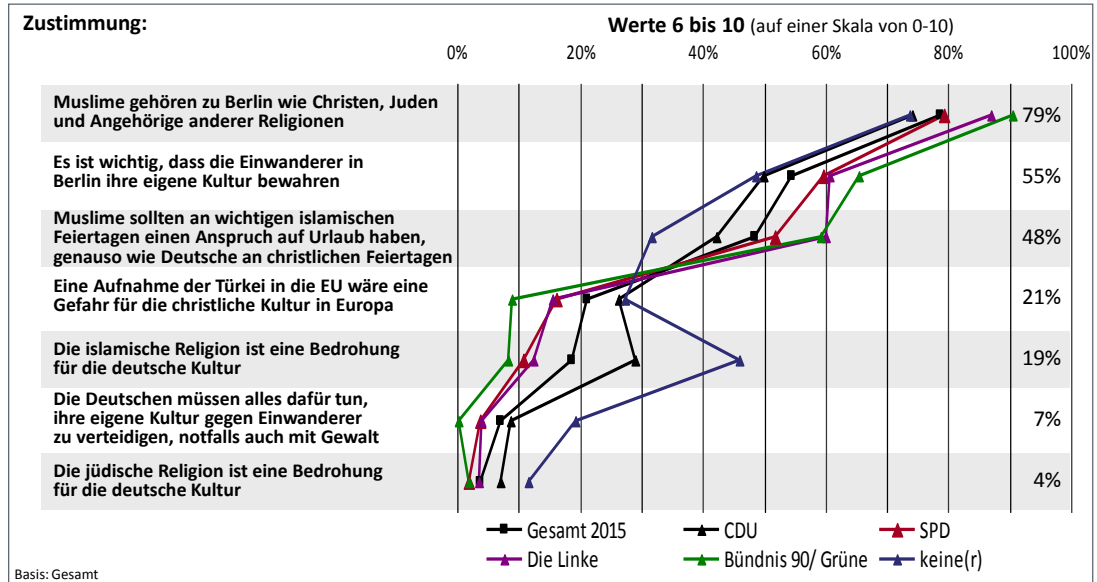


Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Immerhin (stabile) 8% sind für die Parole, dass alle Ausländer in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollen, 7% sind für eine notfalls auch gewaltsame Verteidigung der deutschen Kultur gegen Einwanderer.

Die meiste Toleranz findet sich insgesamt bei Wählern des linken Spektrums, weniger tolerant sind Wähler der CDU, und Nichtwähler. Wähler von NPD und AfD fallen durchgängig durch deutlich negativere Werte auf.

Einstellungen zu Religion und Kultur - nach Parteineigung -

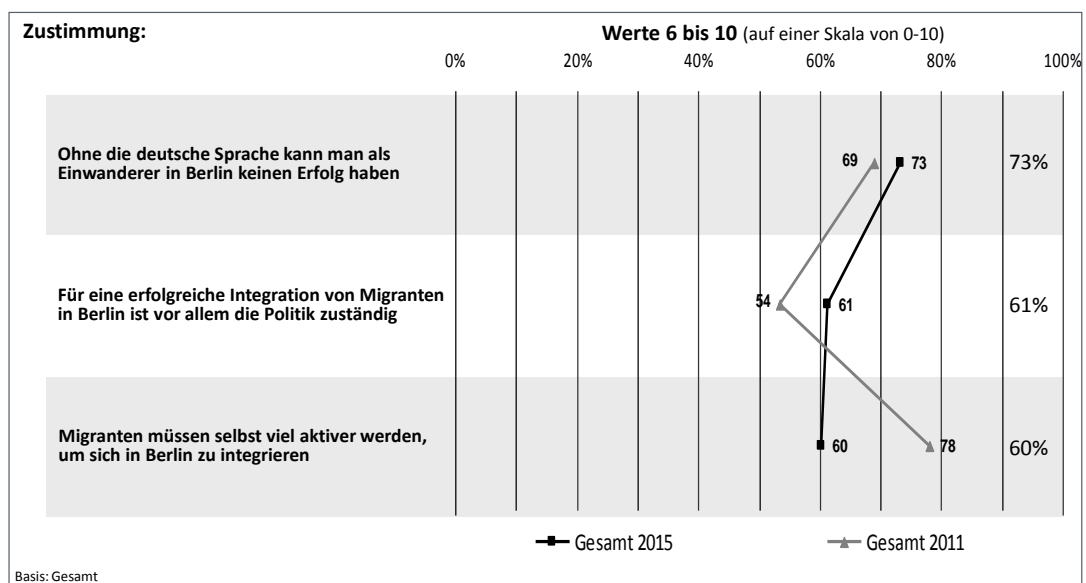


Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Integration und Sprache

Fast alle Berliner/innen sind sich nach wie vor einig, dass der Weg zu Integration und Erfolg nur über die deutsche Sprache führen kann. Fast drei Viertel vertreten diese Meinung. Hinsichtlich der Verantwortlichkeiten für eine erfolgreiche Integration gibt es jedoch inzwischen geteilte Auffassungen. Inzwischen sehen 61 Prozent die Politik in der Verantwortung, für eine erfolgreiche Integration zu sorgen – im Jahr 2011 meinten dies nur 54 Prozent. Demgegenüber sank der Anteil derer, die vor allem von den Migranten selbst mehr Aktivität zur Integration einfordern, seit 2011 von 78 auf 60 Prozent. Offenbar werden damit die eigenen Integrationsbemühungen der Migrant/innen bereits anerkannt.

Einstellungen zu Integration und Sprache - Zeitvergleich -

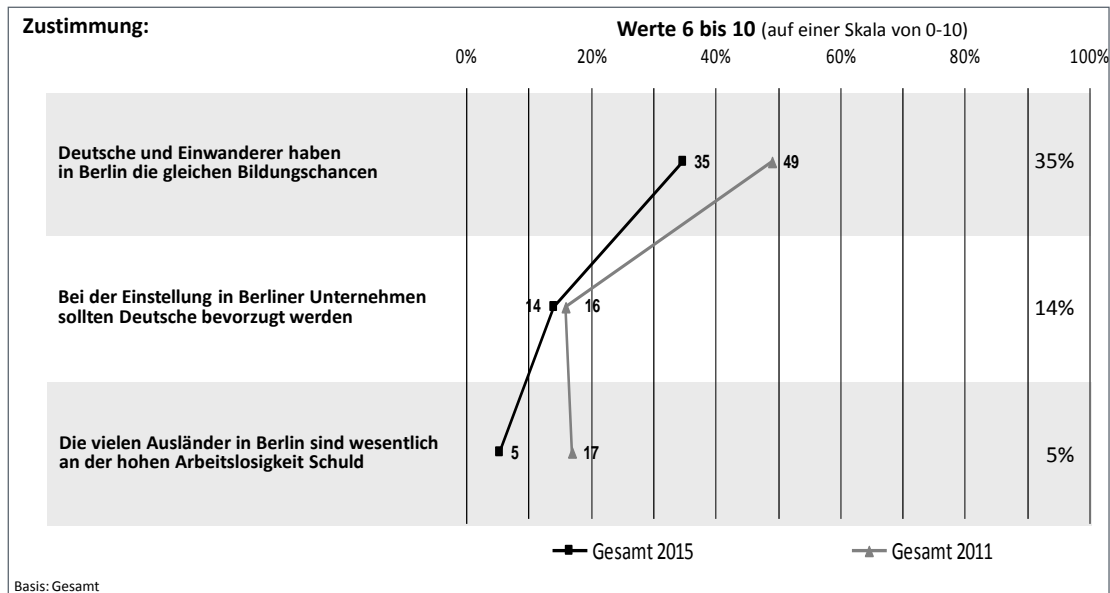


Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Bildung und Arbeit

Nur noch jeder Dritte ist der Meinung, dass Deutsche und Einwanderer die gleichen Bildungschancen haben. Im Jahr 2011 teilte noch jeder zweite Berliner diese Meinung. Im Ergebnis wird dann eine insgesamt schlechtere Bildung der/aller Migranten unterstellt. Deutlich zurückgegangen ist die Auffassung, dass die vielen Ausländer in Berlin Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit hätten. Inzwischen vertreten nur noch 5% diese Auffassung – sicher auch vor dem Hintergrund einer insgesamt sehr niedrigen Arbeitslosenquote. Dennoch fordert immer noch jeder Siebte, dass bei Einstellungen in Berliner Unternehmen Deutsche bevorzugt werden sollten.

Einstellungen zur Bildung und Arbeit - Zeitvergleich -

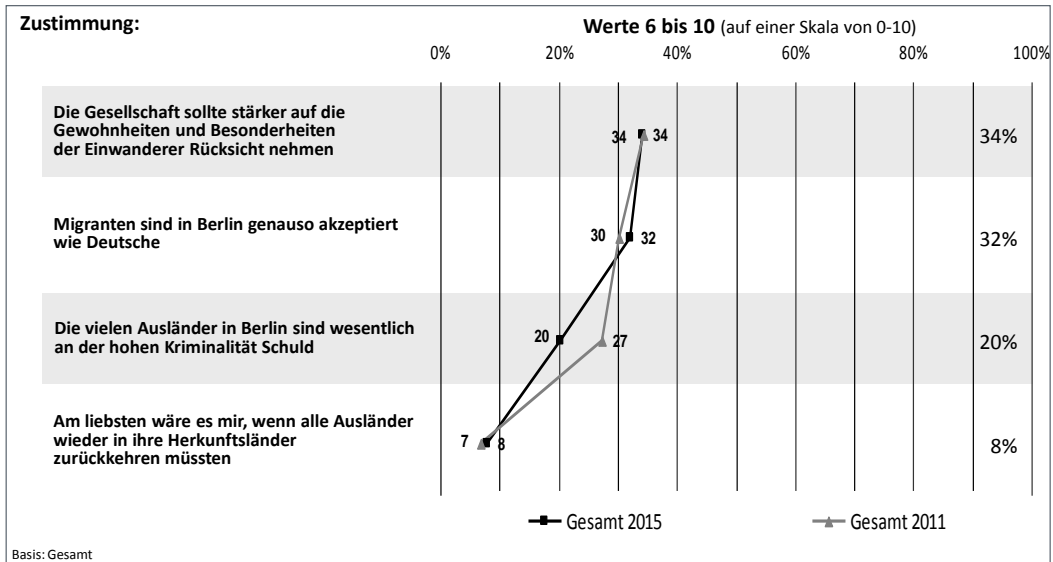


Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Allgemeines Zusammenleben

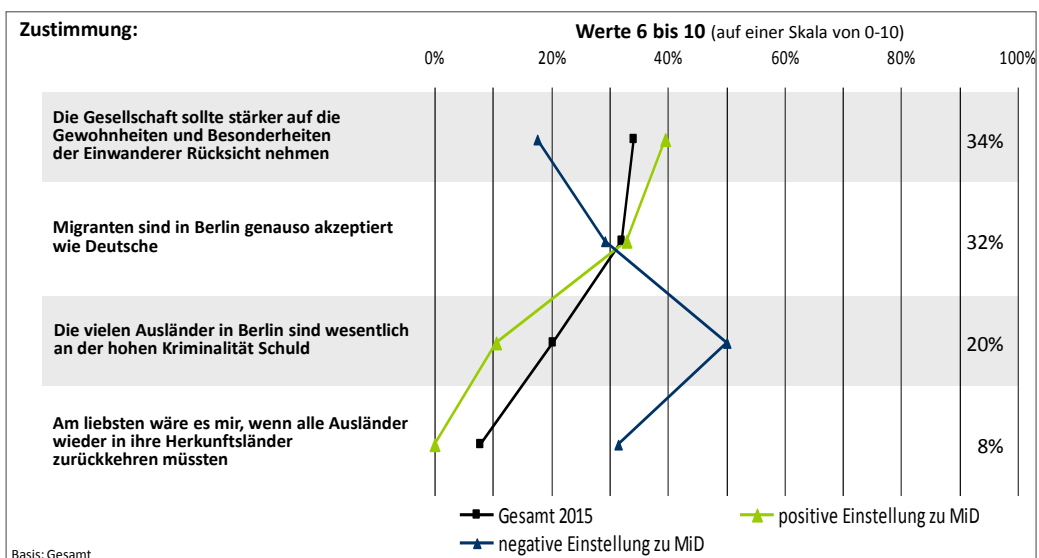
Lediglich etwas mehr als ein Drittel der Befragten fordert von der Gesellschaft eine verstärkte Rücksichtnahme auf Besonderheiten und Gewohnheiten der Einwanderer. Nach wie vor nur 32% teilen die Auffassung, dass Migranten in Berlin genauso akzeptiert werden wie Deutsche, 44% sind sogar vom Gegenteil überzeugt. Dies korrespondiert mit der schlechten Erfolgsbewertung der bisherigen Integration von Migranten in Berlin (28%). Auf deutliche Ressentiments weist auch die Tatsache hin, dass immer noch ein Fünftel der Befragten den vielen hier lebenden Ausländern die Schuld für die hohe Kriminalitätsbelastung zuweist. Allerdings ist dieser Wert seit 2011 (27%) deutlich gesunken.

Einstellungen zum allgemeinen Zusammenleben - Zeitvergleich -



Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Einstellungen zum allgemeinen Zusammenleben - nach Einstellung zu MiD -



Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Aktuelle Flüchtlingsproblematik

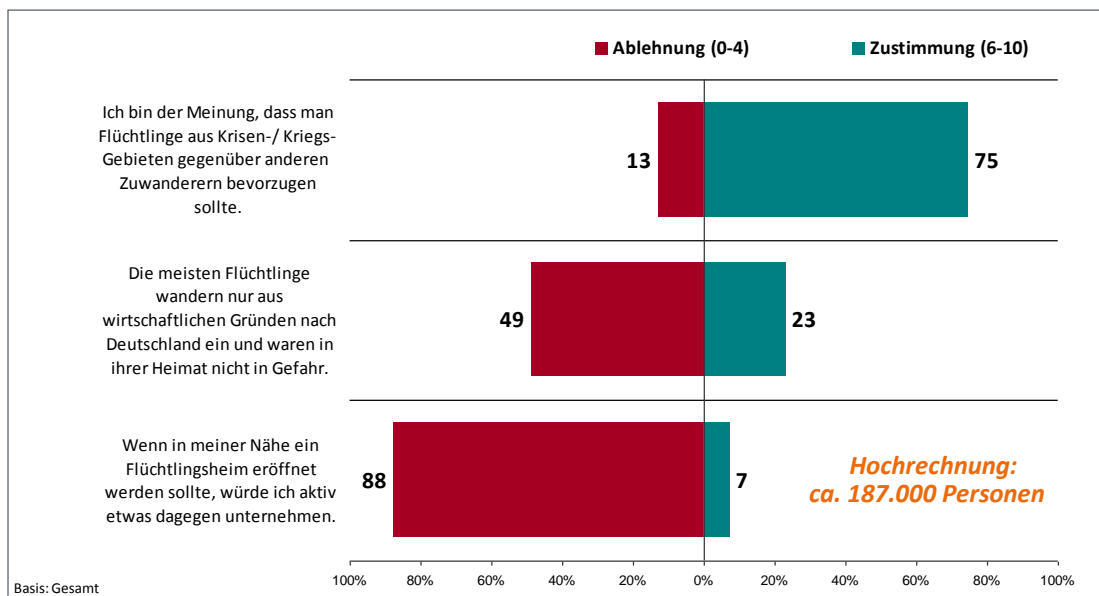
Neu aufgenommen wurden einige Fragen zur aktuellen Flüchtlingsproblematik. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten gegenüber anderen Zuwanderern bevorzugt werden sollten.

Fast jeder Vierte vertritt die Meinung, dass die meisten Flüchtlinge nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, ohne in ihrer Heimat in Gefahr gewesen zu sein. Diese Meinung wird vor allem von jenen vertreten, die Migranten in Berlin gegenüber ohnehin negativ eingestellt sind - jeder zweite dieser Gruppe stimmt zu.

Besorgniserregend erscheint ein Anteil von 7 Prozent der Befragten, die angaben, selbst aktiv etwas gegen die mögliche Eröffnung eines Flüchtlingsheimes in ihrer Nähe tun zu wollen. Hochgerechnet sind das etwa 187.000 Personen.

Definiert man alle Personen, die solche Aktivitäten nicht vollständig ablehnen, also in irgendeiner Weise „Widerstand“ gegen die Errichtung eines Flüchtlingsheims leisten würden, als „Gesamtpotential“, dann sind sogar 23% der wahlberechtigten Berliner/innen (ca. 575.000 Personen) dieser Gruppe zuzuordnen.

Einstellungen zum Thema Flüchtlinge - Überblick -



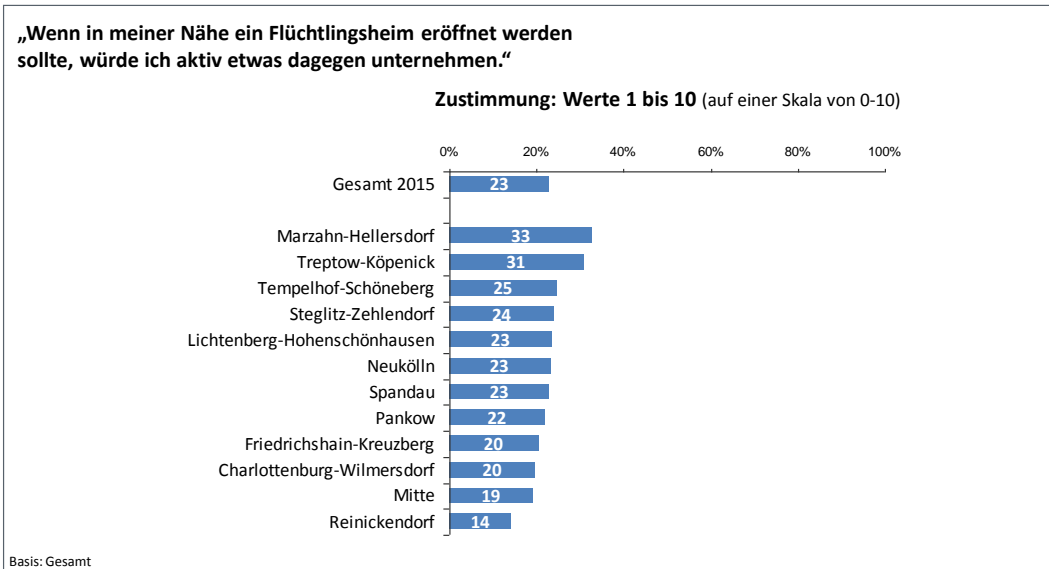
Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Bezirksvergleiche

Zwischen den Berliner Bezirken gibt es bei vielen Fragen deutliche Unterschiede im Antwortverhalten. Einige Beispiele:

Einstellungen zum Thema Flüchtlinge

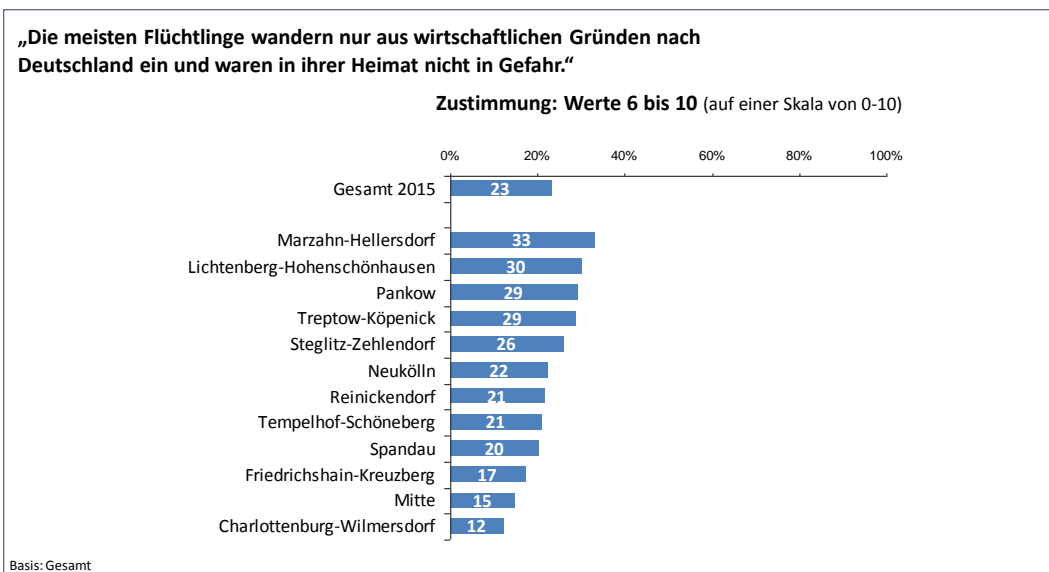
- nach Stadtbezirken -



Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

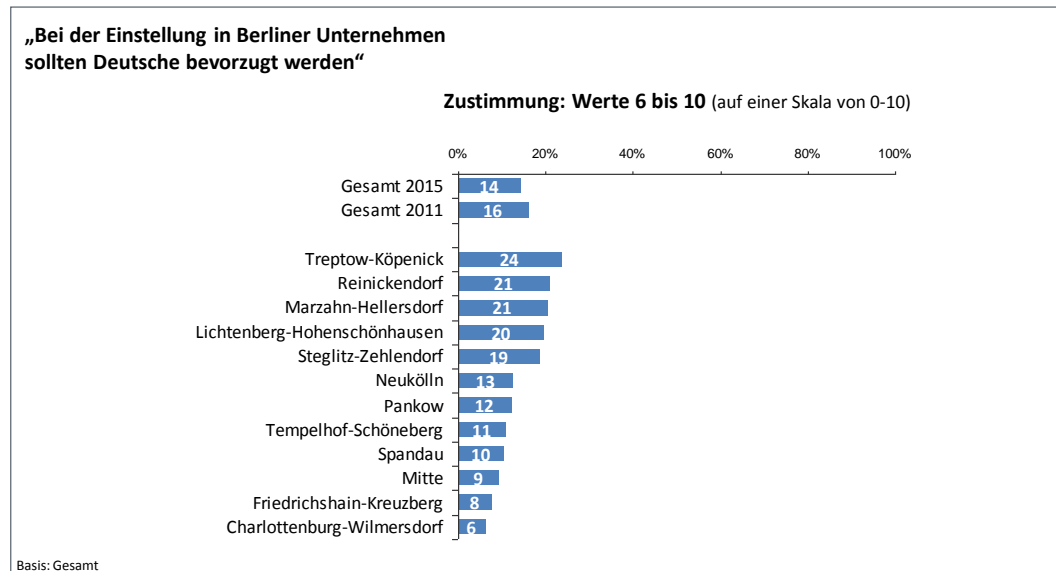
Einstellungen zum Thema Flüchtlinge

- nach Stadtbezirken -



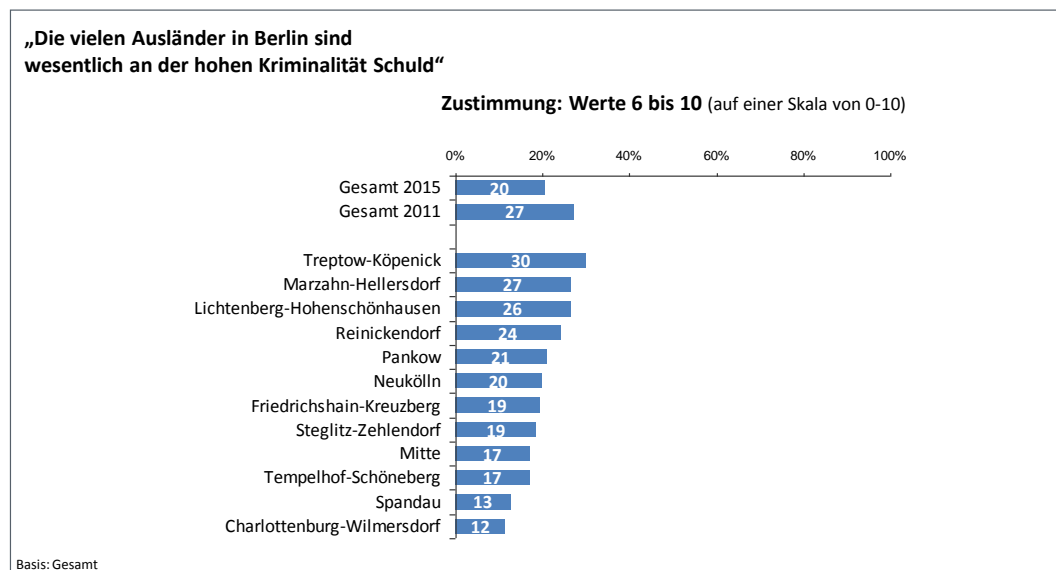
Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Einstellungen zu polarisierenden politischen Themen - nach Stadtbezirken -



Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).

Einstellungen zu polarisierenden politischen Themen - nach Stadtbezirken -



Frage C3: Sagen Sie mir nun bitte noch, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte wieder die Zahlen von 0 („stimme gar nicht zu“) bis 10 („stimme voll und ganz zu“).



Kurzes Fazit

Insgesamt erweist sich Berlin als eine mehrheitlich tolerante Stadt, die Einwanderer und ihre Kulturen aufgeschlossen gegenübersteht und sie als kulturelle Bereicherung unserer Stadt versteht. Religiöse und kulturelle Vorbehalte gegenüber Einwanderern werden nur von einer Minderheit der Berlinerinnen und Berliner geteilt.

Aber es ist nicht zu übersehen, dass die bisherigen Integrationsbemühungen insbesondere seitens der Landespolitik selbst eher negativ bewertet werden. Während die Zuweisung der Verantwortung an die Migranten selbst deutlich niedriger ausfällt (60%) als noch 2011 (78%), sehen heute deutlich mehr Menschen die Politik in der Verantwortung, für eine erfolgreiche Integration von Migranten in der Stadt zu sorgen (Anstieg von 54% auf 61%).

Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor erhebliche Anteile in der Bevölkerung (25%), die den Zuwanderern ablehnend oder sogar negativ gegenüberstehen. Vor allem finden sich diese Anschauungen bei älteren und wenig gebildeten Befragten, im Osten häufiger als im Westen sowie bei Menschen, die selbst wenig Kontakte zu Migranten haben.

Hier findet sich neben den eher allgemeinen Forderungen nach einer Bevorzugung deutscher Bewerber bei Einstellungen (36%) und dem „Schutz der deutschen Kultur, notfalls auch mit Gewalt“ (27%) vor allem häufig auch die Bereitschaft, selbst aktiv gegen Asylbewerberheime und Flüchtlingsunterkünfte vorzugehen (20%).

Neben einer toleranten deutlichen Mehrheit ist das Potenzial der Minderheit, die am liebsten alle Ausländer aus dem Land werfen wollen, vor allem in der islamischen Religion eine Bedrohung des christlichen Abendlandes sehen und notfalls auch mit Gewalt gegen weitere Zuwanderung vorgehen wollen, nach wie vor beängstigend hoch.

Aus der Forderung der Mehrheit nach integrationsförderlichen Rahmenbedingungen und der gleichzeitigen Gefahr durch eine Minderheit aufgrund von Gewaltpotentialen ergibt sich insgesamt ein hoher politisch-institutioneller Handlungsbedarf zur Gefahrenabwendung, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell steigenden Flüchtlingszahlen.